

NEW S

Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten

Magdalenenstr. 19, D - 10365 Berlin,
Fon +49 (0)30-55579083-4, Fax +49 (0)30-55579083-9,
E-Mail: office@fir.at Internet: www.fir.at

Nr. 51

März 2019

Erklärung der FIR zur Europa-Wahl 2019

Im Mai 2019 finden die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Für die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, ihre Mitgliedsverbände in fast allen europäischen Ländern und Israel sowie für die Veteranen des antifaschistischen Kampfes und für die Antifaschisten heutiger Generationen sind diese Wahlen aus mehreren Gründen von großer Bedeutung:

In den letzten Jahren mussten wir oft schmerzhaft erleben, dass die gegenwärtige Politik und Entwicklung der Europäischen Union nicht den Interessen großer Teile der Menschen in den europäischen Ländern entspricht. Insbesondere die Reaktion auf die Flüchtlingssituation und die finanzpolitische Knebelung einzelner Staaten haben die soziale Spaltung in Europa vertieft. Zahlreiche Entscheidungen führen zu massiver sozialer Ausgrenzung und Abbau von Rechten der Beschäftigten, gehen zu Lasten der Schwächsten der jeweiligen Länder.

Zeitgleich wird die Abschottung der „Festung Europa“ massiv verstärkt und der Aufbau einer europäischen Militärmacht für internationale Einsätze vorangetrieben.

Dagegen müssen auch im Europäischen Parlament die Stimmen gestärkt werden, die sich für eine demokratische, friedensorientierte, solidarische und sozial gerechte Entwicklung Europas einsetzen.

Außerdem erleben wir in zahlreichen europäischen Ländern einen deutlichen Vormarsch offen rassistischer, nationalistischer und extrem rechter Parteien und Gruppen. Sie sind nicht nur in nationalen Parlamenten stark vertreten, sondern mittlerweile in mehreren Staaten an der Regierung beteiligt und setzen dort ihre antidemokratische und rassistische Politik in Regierungshandeln um.

Die antifaschistischen, antirassistischen und friedensbewegten Organisationen und Gruppen sowie Gewerkschaften, soziale und gesellschaftliche Bewegungen müssen ihre Kräfte bündeln, um solchen Entwicklungen im Wahlkampf und später im Europäischen Parlament engagiert und erfolgreich entgegenzutreten.

Die Grundlage dieses Handelns ist kein Wahlauftrag für eine Partei, sondern das gemeinsame Eintreten für ein Europa, das jeder Form der rassistischen Diskriminierung oder der Fremdenfeindlichkeit entgegentritt, das für vergleichbare Lebensbedingungen in allen Ländern eintritt, um erzwungene Arbeitsmigration aus den Notwendigkeit der Lebensbedingungen zu verhindern, das sich für Flüchtlinge und Minderheiten einsetzt und allen eine menschenwürdige Behandlung garantiert, das gegen jede Form von Nationalismus und separatistischen Bestrebungen eintritt und kulturellen Eigenheiten von Minderheiten und Regionen in Europa schützt, das sich gegen jegliche Form von Holocaustleugnung, Verfälschung des Widerstandskampfes, Zerstörung von Gedenkorten, Geschichtsrevisionismus und Rehabilitierung von SS-Verbrechern einsetzt, das eine soziale Politik gewährleistet, durch die allen Menschen Arbeit, Bildung, Ernährung und eine angemessene Wohnung garantiert wird als Basis für eine wirkliche Demokratie, das eine Gemeinschaft im Interesse der Menschen darstellt und deutlich macht, dass Europa nicht auf die Herrschaft von Großbanken und Wirtschaftslobbyisten reduziert werden darf, das für eine Friedenspolitik eintritt, die nicht auf hegemonialer Dominanz in der Außenpolitik, sondern auf nichtmilitärischer Konfliktlösung beruht.

Ein solches Europa ist möglich, wenn sich die Völker aktiv und vernehmbar für ihre Interessen einsetzen.

Die FIR wird ihren Beitrag dazu leisten, damit die unterschiedlichen politischen Bewegungen und Kräfte gemeinsam auf diesem Weg vorankommen. Ebenso wie die nationalen Mitgliedsverbände sich in ihren Ländern für gesellschaftliche Bündnisse gegen Rechtsentwicklung und für die Verteidigung der antifaschistischen Grundlagen einer Gesellschaft einsetzen, so arbeitet die FIR auf internationaler Ebene auf eine Vernetzung bestehender Initiativen und Bewegungen hin, um gemeinsam als politische Stimme in Europa gehört zu werden.

Angebot an antifaschistische Verbände zum Europawahlkampf

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 kommen immer näher und auch die antifaschistischen Verbände sind gefordert, ihren Beitrag zur politischen Debatte und gegen den Vormarsch extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien und Gruppierungen in diesem Wahlkampf zu leisten. Der Exekutivausschuss der FIR hat dazu einen gemeinsamen Aufruf „Call of FIR“ verfasst, der unsere inhaltliche Position zu Europa und die Ziele unseres Eingreifens beschreibt. Diesen Aufruf können die Mitgliedsverbände übernehmen oder mit ihren nationalen Themen erweitern.

Als Hilfestellung für das öffentliche Auftreten der FIR und ihrer Mitgliedsverbände in diesen Auseinandersetzungen haben wir ein Plakat und kleine Handzettel vorbereitet, auf denen unsere gemeinsame Lösung: „Für ein Europa ohne Rassismus und Faschismus“ in verschiedenen Sprachen abgedruckt ist.

Am Kopf des Plakates findet ihr das Logo der FIR und – wenn ihr wollt – das Logo der jeweiligen Mitgliedsorganisation. Das Büro der FIR kann für jeden Mitgliedsverband eine entsprechende Druckvorlage (A2 oder A3) als PDF-Format erstellen, die in euren Ländern gedruckt werden kann. Bitte gebt möglichst bald Rückmeldung, ob ihr eine Vorlage haben möchtet.



Fédération Internationale des Résistants (FIR) Association Antifascistes



Für ein Europa ohne Rassismus und Faschismus

For a Europe without racism and fascism

Pour une Europe sans racisme et fascisme

A rasszizmus és a fasizmus nélküli Európa számára

Por una Europa sin racismo y fascismo

Per un'Europa senza razzismo e fascismo

Για μια Ευρώπη χωρίς ρατσισμό και φασισμό

Voor een Europa zonder racisme en fascisme

For et Europa uden racisme og fascisme

Dla Europy bez rasizmu i fasyzmu

Pro Evropu bez rasizmu a fašizmu



„Tag der Ehre“ in Budapest

Auch 2019 organisierten wiederum Neonazis aus dem Umfeld der „Blood & Honour“-Bewegung (B&H) im Februar in Budapest einen „Tag der Ehre“ mit Nazikonzert und Wehrsportübungen. Der Anlass ist das Datum eines militärischen Ausbruchversuchs von SS-Verbänden, Wehrmacht und ungarischem Militär im Februar 1945 während der Befreiung der Stadt durch die sowjetischen Streitkräfte. Es war ein letztes – blutiges – Auflehnen der faschistischen Militärs gegen die drohende Niederlage. Zur Erinnerung an dieses Ereignis finden seit Ende der 90er Jahre Kundgebungen und öffentliche Aufmärsche ungarischer und europäischer Neonazis statt. Zu den Besonderheiten dieser Aktion gehört seit einigen Jahren auch eine Wehrsportübung – der sogenannte „Ausbruchsmarsch“ auf verschiedenen bis zu 60 km langen Marschwegen.

Die Organisation übernahm die »Bewegung für die Einheit der Heimat« unter Federführung der ungarischen Division von B&H. Obgleich B&H seit 2004 auch in Ungarn verboten ist, steht der Durchführung wie auch der öffentlichen Präsentation von B&H-Insignien nichts im Wege. Um dem ungarischen Versammlungsrecht Genüge zu tun, meldet eine Privatperson die Veranstaltungen an. Dass diese selbst zu den führenden B&H-Aktivisten zählt und in dieser Funktion mehrere Fernseh-Interviews gab, spielt dann keine Rolle mehr. Die Teilnehmerzahlen liegen immer bei mehreren hundert, zum Teil auch über 1000 Personen.

Die anreisenden Neonazis kommen aus verschiedenen Teilen Europas. In einer neofaschistischen Selbstdarstellung wurden für 2018 als Teilnehmende aufgelistet: Sixty-Four Counties Youth Movement, Hammerskins, Skins 4 Skins, B&H/C18 Ungarn, Bulgarien, Italien und den Niederlanden, Vertreter des Nordic Resistance Movement aus Schweden sowie Nationalisten aus Polen und Russland.

Auch deutsche Neonazis sind regelmäßig mit größeren Abordnungen und prominenten Vertretern präsent. In den vergangenen Jahren konnte man auf den verschiedenen Nazi-Seiten Berichte und Bilder der Delegationen finden. 2007 trat Udo Voigt (NPD, MdEP) in Budapest auf und bescheinigte der Waffen-SS, einen „makellosen Heldenkampf“ geführt zu haben. 2018 waren Nazis der Partei „Die Rechte“, vom III. Weg, der NPD, der Europäischen Aktion und freier Kameradschaften in Budapest.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Versuche, Widerstand gegen die Aufmärsche zu organisieren. Die FIR-Organisation MEASZ, jüdische Studentengruppen, antifaschistische Initiativen und Vertreter der Zivilgesellschaft organisierten u.a. im Jahre 2010 eine größere antifaschistische Demonstration. Aber auch das Verhalten der Polizei führte dazu, dass es in den letzten Jahren zu keinen öffentlichen Protesten mehr gegen diesen Aufmarsch gekommen ist. Als die Behörden 2018 versuchten, ein formelles Verbot des Aufmarsches auszusprechen, wurde das jedoch vom Gericht aufgehoben. Einzig die Nutzung des „Heldenplatzes“ wurde den Neonazis verwehrt. Sie starteten ihre Aktion daraufhin von der westlichen Donauseite.

Auch in diesem Jahr waren in Budapest keine direkten Aktionen möglich. Kleine Gruppen von Antifaschisten wurden von der Polizei aufgehalten. Die FIR protestierte gemeinsam mit der VVN-BdA in Berlin vor der ungarischen Botschaft. Zuvor war dem Botschafter ein Protestschreiben mit der Forderung übermittelt worden: „Lassen sie nicht zu, dass Ungarn zu einem Tummelplatz europäischer Neonazis werden kann.“

Auch der ungarische Verband der Antifaschisten MEASZ verurteilte den Neonazi-Aufmarsch bei seiner Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung von Budapest am 13. Februar.



Lukov-Marsch in Sofia

Seit 2003 organisieren Neofaschisten, extreme Rechte und Nationalisten aus Bulgarien und anderen europäischen Ländern Mitte Februar einen öffentlichen Aufmarsch in Sofia. Sie zeigen Nazi-Uniformen und faschistische Symbole. In Parolen hetzen sie gegen Flüchtlinge, Ausländer und die türkische Minderheit im Land. Der Aufmarsch findet zu Ehren von General Hristo Lukov statt, der nach dem Zweiten Weltkrieg im „Namen des Volkes“ wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von Partisanen hingerichtet wurde.

General Lukov war bulgarischer Kriegsminister und Leiter der ultranationalistischen Organisation „Union der nationalen bulgarischen Legionen“. Er war ein extrem brutaler Unterstützer von Hitler. In der Regierung hatte er mit aller Kraft dafür gewirkt, sich an der rassistischen Vernichtungspolitik zu beteiligen und bulgarische Juden in die faschistischen Todeslager zu schicken. Er unterstützte auch die Idee, zehn bulgarische Divisionen an die Ostfront gegen die Rote Armee zu schicken. All dies ist in Bulgarien und Europa bekannt.

Dennoch findet ihm zu Ehren der Fackelmarsch statt. Mit Nazi-Symbolik, mit neofaschistischen Losungen auf Transparenten, mit Hass-Parolen demonstrieren neofaschistische Gefolgsleute dieses „Idols“ im Sinne der faschistischen Stilik. Die Teilnehmerzahl lag in den vergangenen Jahren immer bei etwa 1000 Personen oder mehr. Zumeist waren es jugendliche Demonstranten, Anhänger verschiedener neofaschistischer Gruppen, Skinheads mit entsprechenden Tätowierungen und Fußball-Hooligans. Begleitet wird der Aufmarsch auf den Straßen von Sofia mit Musik, Fahnen und Feuerwerken. Angemeldet vom „Bulgarische Nationalbund“ findet man hier Ultras der bulgarischen faschistischen und nationalsozialistischen Organisationen, den bulgarischen Zweig von „Blood & Honour“ sowie Vertreter nationalistischer Parteien. Hinzu kommen Teilnehmer von Nazi-Organisationen aus Kroatien, Ungarn, Polen, Italien, Falangisten aus Spanien, rechtsextreme Vertreter aus Frankreich, die Union „Vereinigtes und ethnisch sauberes Europa“, die russische Reichsbewegung und die schwedische Nazi-Bewegung „Nordische Front“.

Seit mehreren Jahren gibt es auch eine Beteiligung deutscher Neonazis an diesem Aufmarsch. Die Freie Kameradschaft Süd, die sich auch in Budapest beteiligte, wurde dort gesichtet. Für 2018 hatten „Die Rechte“ Dortmund und die JN Niedersachsen ihre Teilnahme per Facebook angekündigt. Bei dem Marsch selber wurden gut 30 Neonazis aus dem deutschsprachigen Raum gezählt, die mit dem Fronttransparent „Gemeinsam für Europa“ als geschlossener Block auftraten. Während der Auftaktkundgebung sprach der Dortmunder Sven Skoda, dessen Rede simultan ins Bulgarische übersetzt wurde. Er warb darin für die Dortmunder Demonstration „Europa erwache“, die im 14. April 2018 stattfand.

Der gesellschaftliche Protest gegen diesen Marsch war im Jahre 2018 sichtbar. Mehr als 175.000 Menschen unterstützten eine Online-Petition zum Verbot der Provokation. Etwa 300 Anhänger der Bulgarischen Antifaschistischen Union (BAU), Mitgliedsverband der FIR, und andere Initiativen der Zivilgesellschaft demonstrierten gegen diese Form des Geschichtsrevisionismus. Selbst diplomatische Vertreter aus Israel, Russland und den USA hatten die bulgarische Regierung aufgerufen, sich diesem Spektakel entgegenzustellen. 2017 versuchte die Bürgermeisterin von Sofia, den Aufmarsch durch ein Verbot zu stoppen. Die Neonazis ignorierten es und die Polizei sicherte den Aufmarsch der Rechten, statt das staatliche Verbot durchzusetzen. Im Jahre 2018 verbot die Stadtregierung den Marsch erneut. Diesmal wurde das Verbot vom Obersten Gerichtshof aufgehoben. Dafür wurden jedoch die öffentlichen Proteste gegen die Neonazis in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

MEASZ ruft auf: Die Zeit drängt! Helfen Sie mit, ein Museum des ungarischen Widerstands aufzubauen!

Wir haben mehrmals in verschiedenen Regierungen versucht, ein ungarisches antifaschistisches Widerstandsmuseum zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu schaffen. Wir können nicht länger warten!

Es ist höchste Zeit! Es leben immer weniger Zeitzeugen, Antifaschisten, Widerstandskämpfer und Kämpfer in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition aus dem Zweiten Weltkrieg, wahre Zeugen unserer Vergangenheit, die sich persönlich für die Sache einsetzen können! Wir müssen diejenigen und die Erinnerung an diejenigen bewahren, die ihr Leben riskierten und sogar ihr Leben opferten, indem sie die vorherrschenden Ideen ablehnen.

Und es waren nicht wenige. Ungarn haben in 22 Ländern am antifaschistischen Widerstand teilgenommen. Die jüngeren Generationen müssen die Namen der Widerstandskämpfer von Árpád Göncz, János Horváth, Iván Vitányi, Endre Bajcsy-Zsilinszky, Endre Ságvári und vielen anderen Helden bewahren. Wir müssen wie in den neunziger Jahren handeln. Zur damaligen Zeit initiierte MEASZ die Arbeit des Holocaust-Dokumentationszentrums und der Gedenkstätte in der Páva-Straße in Budapest mit der aktiven Arbeit seiner Mitglieder, die den Holocaust überlebten.

Heute bitten wir alle, die beim Aufbau des antifaschistischen Widerstandsmuseums Hilfe leisten können, sich bei MEASZ zu melden!

Veröffentlicht in Budapest am 13. Februar 2019, am 74. Jahrestag der Befreiung der Hauptstadt vom Faschismus.

Für die Einheit der Antifaschisten in Europa

Internationale Konferenz von ANPI in Rom

Am 14./15. Dezember lud der italienische Verband ANPI unter dem Titel: „Antifaschist sein im heutigen Europa“ zu einer internationalen Konferenz nach Rom ein. Unter den gut hundert Gästen waren antifaschistische und Veteranenverbände aus Spanien, Portugal und Griechenland, aus Belgien, Deutschland, Großbritannien und Österreich, aus Kroatien, Slowenien und Ungarn sowie aus Polen und Russland. Grußschreiben kamen aus Frankreich und Serbien. Auch der FIR-Exekutivsausschuss war auf der Konferenz anwesend.

In Redebeiträgen und Diskussionen ging es nicht nur um eine Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklungen in den einzelnen Ländern, sondern um politische Antworten der antifaschistischen Kräfte gegen die Rechtsentwicklung und die unterschiedlichen Bedingungen der gesellschaftlichen Mobilisierung vor Ort und in Europa.

So berichteten Gäste aus Italien, Belgien, Polen und Ungarn über die Probleme, die sich aus dem Einfluss der rassistischen, antidemokratischen und nationalistischen Parteien auf die Regierungen für politisches Handeln im Sinne der sozial Schwächsten der Gesellschaft und der Flüchtlinge ergeben. Die Vertreter Österreichs, Sloweniens, Kroatiens und Serbiens verwiesen auf die Gefahren der Rehabilitierung von Ustascha-Faschisten als „Kämpfer für ein unabhängiges Kroatien“. Sie machten den Vorschlag, das jährliche Geschichtsrevisionisten-Treffen in Bleiburg durch internationale Aktionen zu beantworten.

In den Beiträgen wurde die Vielfalt der antifaschistischen Positionen in den jeweiligen Ländern sichtbar. Einige forderten vor allem ihre Regierungen auf, das Handeln rassistischer und extrem rechter Parteien und Gruppen zu verbieten, andere, z.B. ein Vertreter einer Gewerkschaftsgruppe aus London, berichteten von ihren Erfahrungen des gesellschaftlichen Widerstandes, den Blockaden und anderen Aktionen gegen rassistische Provokationen. Positiv aufgenommen wurde der Vorschlag der FIR, eine gleichgerichtete Kampagne unter der Losung „Für ein Europa ohne Rassismus und Faschismus!“ mit gemeinsamen Plakaten und weiterem Öffentlichkeitsmaterial zur Europawahl im Mai 2019 auf den Weg zu bringen. Im Zentrum aller Beiträge stand der Gedanke der Verstärkung der Einigkeit aller antifaschistischen und antirassistischen Kräfte. Dabei war der Blick nicht nur auf die Mitgliedsverbände der FIR gerichtet, sondern auch auf die Vernetzung mit anderen antirassistischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, wie z.B. „Stand up to Racism“, UNITED oder andere Strukturen.

Carla Nespolo, Präsidentin von ANPI, betonte in ihrer Abschlussrede noch einmal die Verantwortung aller Antifaschisten für die Verteidigung der Freiheit, die Bewahrung des historischen Vermächtnisses und die Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie unterstrich die Notwendigkeit der Vernetzung und Einheit der antifaschistischen und antirassistischen Kräfte in Europa und der Welt. Dazu sollen in 2019 weitere internationale Beratungen und Tagungen stattfinden.

Antifaschist sein in Europa heute

Heute wie nie zuvor seit dem Ende des Krieges findet in Europa ein massives und abgestimmtes Wirken neofaschistischer, rassistischer, neonazistischer und nationalistisch inspirierter politischer Kräfte statt. Diese Kräfte, obwohl sie unter sich oft Unterschiede besitzen (wahrscheinlich wegen der jeweiligen nationalen Geschichte), arbeiten mit ähnlichen Zielen, Idealen, Aussagen, Vorschlägen und politischen Praktiken.

Die Umsetzung der neoliberalen Ökonomie in Europa und die Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise, die nach der Krise 2007/2008 mit dem Skandal der Subprime-Hypotheken begann, waren unter sozioökonomischen und kulturellen Gesichtspunkten verheerend, was zu einem Rückgang der großen Ideen von Solidarität, Gleichheit, Freiheit und Demokratie führte, die die Banner der internationalen Widerstandsbewegung waren und die im Nachkriegseuropa nach der Niederlage des Nazi-Faschismus vorherrschten.

Wirtschaftspolitik und Neoliberalismus haben zu einem außerordentlichen Anstieg der Armut und gleichzeitig zu einer zunehmenden Konzentration des Reichtums in den Händen weniger geführt.

Die EU erschien daher Millionen von Bürgern nicht als eine höhere Form der Solidarität zwischen Völkern und Staaten, die auf die Stärkung des demokratischen Zusammenhalts und des Wohlergehens ihrer Völker abzielt, sondern als eine der Hauptursachen für die zunehmende soziale Ausgrenzung, für die Verarmung, für die Verschlechterung der Menschenrechte. Es erschien als ein Europa der Eliten, der großen Finanzfonds und Wirtschaftslobbys, unabhängig vom Schicksal der Länder und eines großen Teils der Bevölkerung.

In diesem Rahmen sind jene politischen Kräfte in vielen Ländern weitgehend gewachsen bzw. haben sich allmählich durchgesetzt, die entweder nationalistisch, rassistisch, faschistisch, neonazistisch oder stark von diesen Ideen beeinflusst sind. Deshalb teilen wir die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. Oktober 2018 zur Zunahme neofaschistischer Gewalt in Europa zum Ausdruck gebrachten Bedenken, insbesondere im Hinblick auf die antidemokratischen Tendenzen verschiedener osteuropäischer Länder, in denen die derzeitigen Regierungen zunehmend politische, bürgerliche und soziale Rechte in Frage stellen, antifaschistische Erinnerungen leugnen, trivialisieren, minimieren oder sogar die Verbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Kollaborateure, den Wert der Kräfte, die gegen die nationalsozialistische faschistische Besatzung gekämpft und gewonnen haben, leugnen und verschleiern. Diese obskurantistischen, antidemokratischen und repressiven Positionen ähneln weitgehend der faschistischen und nationalsozialistischen Politik.

Diese Kräfte vertreten alle die Behauptung über den „Sündenbock“, der verantwortlich für die unbestreitbaren Schwierigkeiten eines so großen Teils der Bevölkerung ist: die Migranten.



ESSERE ANTIFASCISTI OGGI IN EUROPA

EMERGENZA DEMOCRATICA:
UNA RISPOSTA UNITARIA E POPOLARE
A VECCHI E NUOVI FASCISMI

Roma, Palazzo Merulana

Via Merulana, 121

Venerdì **14 dicembre 2018** - ore **14.30**

Sabato **15 dicembre 2018** - ore **9.30**



www.anpi.it

Der Migrant, der das bevorzugte Ziel der rechtsradikalen Kräfte ist, ist nicht das einzige Ziel. Immer häufiger kommt es auch zu Diskriminierungen gegen jede reale oder vermeintliche Vielfalt, die Roma und Sinti, Homosexuelle, Frauen, Juden, politische Gegner. Auch der alltägliche, offene Angriff auf die Leistungen von Frauen verdient eine besondere Aufmerksamkeit. Ethnizität, Geschlecht, Sprache, Religion, politische Ansichten, persönliche und soziale Bedingungen sind inzwischen zur neuen Grenze eines schleichen- den Rassismus geworden, der den sozialen Zusammenhalt vergiftet und „das Andere“ als „den Feind“ identifiziert.

In dieser ernstesten Situation, die durch den möglichen weiteren Aufschwung dieser Kräfte bei den nächsten Europawahlen noch dunkler wird, müssen wir schnell und gemeinsam reagieren. Es ist nicht die Zeit für Spaltungen und Unterscheidungen: Um diesem Problem entgegenzuwirken, müssen wir gegen jeden vereint sein, der die Ansteckung mit Nationalismus, Rassismus, Faschismus und Neonazismus verbreitet; gegen jeden, der versucht, in Europa ein Klima des Obskurantismus zu schaffen.

Die EU braucht ein intensives Umdenken in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich auf Beschäftigung und einen neuen Wohlstand konzentrieren sollte, um Europa wieder zu seinen Grundwerten - angefangen beim Antifaschismus - zu führen und seine wesentlichen Grundsätze, zunächst die Menschenrechte, modern wiederzubeleben. Wir brauchen eine gemeinsame Politik zur Förderung von Beschäftigung und Investitionen, zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut, zur Umverteilung von Einkommen und zur Wiederherstellung des Wohlstands. Dies ist durch die gemeinsame Arbeit der Europäischen Union und der einzelnen Staaten möglich, so dass die teilweise Übertragung der Souveränität jedes Staates zum konkreten Vorteil seines eigenen Volkes und aller Völker der Union erfolgt.

Darüber hinaus brauchen wir eine gemeinsame europäische und

nationale Politik, um alle Formen von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, Faschismus und Neofaschismus, Nationalismus und Obskurantismus entschieden anzugehen.

Darüber hinaus brauchen wir eine kompromisslose Opposition gegen jede Form von Shoah und Porajmos und die Verleugnung aller Vernichtungslager: Slawen, Homosexuelle, politische Gefangene, Kriegsgefangene, Zeugen Jehovas, Pfingstler, Kriegsgefangene, Mulatten, Behinderte, psychisch Kranke.

Die Europäische Union hat mehr als siebenzig Jahre Frieden zwischen den Ländern garantiert, mit einigen wenigen und bedauerlichen Ausnahmen. Doch die EU-Länder waren zu oft, häufig in der ersten Reihe, in Aggressionskriege im Nahen Osten und in Afrika verwickelt. Die Rückkehr des Nationalismus macht Angst, denn die Geschichte zeigt, wie oft dies einen Krieg als Lösung für internationale Streitigkeiten ausgelöst hat.

Wir sind besorgt über die weitere Zunahme der militärischen Übungen an der Ostfront der Europäischen Union und die zunehmenden Spannungen, die die NATO gegenüber Russland an den Tag legt. Eine allmähliche Deeskalation beider Seiten ist dringend erforderlich und Europa muss seine Rolle als Akteur des Friedens wiedererlangen. Wir setzen uns für ein Europa des Friedens innerhalb seiner Grenzen und in der ganzen Welt ein, denn Frieden ist das notwendige Szenario für jeden sozialen und zivilen Fortschritt.

Wir senden eine Warnung vor der anhaltenden Erosion der Demokratie und den immer besorgniserregenderen Erfolgen der rechtsradikalen Kräfte in Europa aus; wir arbeiten daran, eine breite demokratische Front aufzubauen, republikanisch und populär, wir stellen einen unerbittlichen Kontrast zu diesen Kräften her und praktizieren ihn.

Angesichts der Gefahr neuer Faschismen, wie maskiert oder versteckt auch immer, angesichts der Realität neuer Rassen, die viele Länder betreffen, angesichts der Versuche, die demokratischen Freiheiten, die Pressefreiheit, die Gewaltenteilung einzuschränken, ist es an der Zeit, die beispiellose Erfahrung der Einheit zwischen alten und jungen Antifaschisten, der Einheit in der weiten Welt der Verbände, der Einheit zwischen Institutionen, Gewerkschaften, Völkern und Bürgern zu schaffen, um die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte zu verbessern, kurz gesagt, wir werden die Einheit der Antifaschisten hervorbringen.

Aus diesen Gründen haben wir folgende Punkte beschlossen:

- 1) Wir fordern dringend bei den bevorstehenden Europawahlen die Kräfte zu unterstützen, die eindeutig gegen die rechtspopulistischen, rassistischen und faschistischen Formationen sind,
- 2) Wir sind entschlossen, ein ständiges europäisches Netzwerk antifaschistischer Verbände und Organisationen zu schaffen,
- 3) Wir beschließen jetzt über ein nächstes gemeinsames Treffen in den ersten Monaten 2019.

Roma, 15. Dezember 2018

Unterzeichnet wurde diese Erklärung von

Carla Nespolo, Präsidentin ANPI Italien; Ulrich Schneider, Generalsekretär FIR;
Tit Turncheck, Präsident ZZ NOB Slovenien; Franjo Habulin, Präsident SABA Kroatien;
Andrej Mohar, Generalsekretär ZKP – Unione Partigiani Carinzia (Österreich);
Casimiro Baptista Levy, Präsident URAP (Portugal);
Nicolay Royanov, Vizepräsident Russischer Veteranenverband;
Manuela Gretkowska, Gründerin Partito delle Donne (Polen); Conny Kerth, Vorsitzende VVN-BdA Deutschland;
Dario Venegoni, Präsident ANED, Italien;

Die FIR warnt: Keine atomare Aufrüstung in Mitteleuropa!

Anfang Februar 2019 hat die US-Administration ihre Drohung vom vergangenen Herbst in die Tat umgesetzt und den 1987 abgeschlossenen bilateralen Vertrag mit Russland über die Vernichtung nuklearer Mittelstreckensysteme (INF) aufgekündigt.

Verbunden war dieser Beschluss mit der Behauptung, Russland habe sich nicht an den Vertrag gehalten, da es eine Rakete entwickelt habe, die in dem Bereich der verbotenen Reichweiten zwischen 500 5.500 km eingesetzt werden könne. Dies wurde von der russischen Regierung mehrfach zurückgewiesen. Russland selber beschuldigt die USA und die NATO schon seit langer Zeit, durch den Bau von Raketenabschussbasen in Polen und Rumänien gegen den Vertrag zu verstoßen. Auch die dauerhafte Stationierung von Truppen und Angriffswaffen nahe der russischen Westgrenze sei ein aggressiver Schritt.

Im Herbst 2018 erinnerte die FIR daran: „Als vor 30 Jahren die USA und die UdSSR dieses Abkommen unterzeichneten, führte es tatsächlich zu einer Verschrottung einer ganzen Kategorie von Atomwaffen, also zu einer realen Abrüstung. Das Ende der Blockkonfrontation mit der Auflösung des „Warschauer Vertrages“ hat dazu beigetragen, dass die militärischen Spannungen in Mitteleuropa zeitweise tatsächlich reduziert werden konnten.“ Und die FIR warnte: „Das Ende des INF Vertrages wäre mehr als die Beendigung eines Vertrages, es wäre das Ende einer internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik, die Europa und die Welt sicherer gemacht hat vor den Gefahren eines Atomkrieges. Der Vertrag hat ausreichende Regelungen, falls eine Vertragsseite Verletzungen des INF-Abkommens sehen sollte. Diese gemeinsamen Kommissionen müssen arbeiten. Propagandistische „Anklagen“ helfen dabei nicht.“

Doch statt im Sinne der Vernunft und der Demilitarisierung Europas auf die USA und Russland zuzugehen, stellten sich die europäischen NATO-Staaten demonstrativ hinter die Eskalationspolitik der USA und ermunterten die Trump-Administration dazu, aus dem Vertrag auszusteigen – mit dem jetzt sichtbaren Ergebnis.

Die Folgen waren vorhersehbar. Der russische Präsident Putin erklärte nach der amerikanischen Entscheidung: „Wir antworten spiegelbildlich: Unsere amerikanischen Partner haben ihre Teilnahme am INF-Vertrag ausgesetzt. Auch wir setzen (unsere Teilnahme) aus“.

Die FIR und ihre Mitgliedsorganisationen sehen in diesem Vertrag auch heute noch ein wichtiges Instrument gegen ein atomares Wettrüsten. Die FIR fordert alle europäischen Regierungen auf, ihren Einfluss zu nutzen und auf die amerikanische und russische Seite zuzugehen und Verhandlungen anzustoßen, um das Abkommen zu bewahren. Statt Aufrüstung zu beschließen, müssen die 1987 vereinbarten Maßnahmen der gegenseitigen Inspektionen wieder mit Leben gefüllt werden.

Gemeinsam mit den Friedensbewegungen aus allen Ländern wird die FIR, die in den 80er Jahren von der UNO den verpflichtenden Ehrentitel „Botschafter des Friedens“ erhielt, aktiv werden gegen eine erneute atomare Aufrüstung. Eine Welt ohne Atomwaffen bleibt das Ziel, keine „Nachrüstung“ oder atomare Mittelstreckenraketen in Europa!
Wir erneuern das Vermächtnis von 1945: „Nie wieder Krieg!“

Unterstützt die politische Arbeit der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten!

Die politische Arbeit einer internationalen antifaschistischen Organisation erfordert große Mittel. Da es für solch zivilgesellschaftliches Handeln keine staatlichen oder institutionellen Förderungen gibt, ist die Organisation auf Beiträge und Spenden angewiesen.
Spenden sind in Deutschland steuerabzugsfähig.

Bankverbindung: Postbank Berlin, Kontoinhaber: FIR

Beiträge und Spenden bitte nur mit

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF

Aufruf zu weltweiten Demonstrationen gegen Rassismus und Faschismus

am 16. März 2019 anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus

Wir rufen auf in einer Zeit, in der auf internationaler Ebene Rassismus und die extreme Rechte wachsen.

Rechtsextreme Parteien erzielen hohe Wahlergebnisse und treten sogar in Regierungen ein. Mit Donald Trump in den USA und Jair Bolsonaro in Brasilien ist der Hass der extremen Rechten – gegen Migrant*innen, Muslim*innen, Frauen, LGBT+, Schwarze und Indigene, politische Gegner*innen – ins Präsidentenamt der beiden größten Länder Nord- und Südamerikas eingezogen.

An immer mehr Orten gibt es gewalttätige faschistische Straßenbewegungen. Das Wachstum des gegen Migrant*innen gerichteten Rassismus nährt andere Formen des Rassismus. Antisemitismus, der nach dem Holocaust hätte für immer verschwunden sein sollen, ist wieder am Erstarren, mit schrecklichen Folgen, wie dem Angriff auf die Synagoge in Pittsburgh.

Die Sinti und Roma, die ebenfalls Opfer des Holocaust waren, sind zur Zielscheibe der offiziellen Politik einiger europäischer Regierungen geworden.

Islamfeindlichkeit ist weit verbreitet. Vor allem Musliminnen, die ein Kopftuch tragen, leiden unter zunehmender Aggression.

Der Anstieg des Rassismus und der extremen Rechten stellt eine große Gefahr für die Mehrheit der Bevölkerung dar. Wir werden nie in der Lage sein, die verschiedenen sozialen Probleme zu lösen, mit denen wir konfrontiert sind, wenn wir nicht die Vielfalt der Gesellschaft verteidigen, gegen die Bestrebungen der Rassist*innen und Faschist*innen, uns zu spalten.

Um den Internationalen Tag gegen Rassismus der UNO im März 2018 gab es in vielen Ländern Demonstrationen oder andere Aktionen, wie z.B. in Griechenland, Großbritannien, Frankreich, Irland, Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Südkorea, Spanien und in anderen Ländern.

Die Situation ist jetzt noch dringlicher. Wir brauchen weitere Mobilisierungen im Geiste der 250.000 Menschen, die im Oktober 2018 in Berlin unter dem Motto #Unteilbar demonstrierten; im Geiste der Viertelmillion, die im Juli 2018 in London gegen Trump demonstrierten, im Geiste des Widerstands in Brasilien, im Geiste der antifaschistischen und antirassistischen Proteste in Wien und des Kampfs gegen die Goldene Morgenröte in Griechenland, der sie zurückgedrängt hat. Und wir brauchen breite Bewegungen, um diese Arbeit fortzusetzen und auszubauen.

Wir sind die Mehrheit, wir können gewinnen.

Aus diesem Grund rufen wir auf zu gemeinsamen Mobilisierungen gegen Rassismus und die extreme Rechte am 16. März 2019, anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus.

Indem wir uns für diesen Protest lokal und international abstimmen, können und müssen wir stärkere Verbindungen zwischen uns aufbauen. So kann dieser Aktionstag ein Schritt nach vorn im gemeinsamen Kampf gegen den Hass und für die Solidarität in der Vielfalt werden.

Für eine Welt ohne Rassismus und Faschismus!



PEAEA fordert: Hände weg von Venezuela!

Die Panhellenische Union der Nationalen Widerstandskämpfer und der Demokratischen Armee Griechenlands (PEA-DSE) verurteilt die imperialistische Intervention der USA und der EU sowie anderer reaktionärer Regierungen und Kräfte in den inneren Angelegenheiten Venezuelas und versucht, die rechtmäßig gewählte Regierung von Präsident Nicolas Maduro zu stürzen und eine andere durchzusetzen, was für sie als reaktive Regierung günstig ist.

Die US-Regierung mit der Beteiligung und Komplizenschaft der EU, wie in vielen anderen Fällen (früher mit den in vielen Ländern und in Griechenland verhängten faschistischen Juntas und schließlich mit den imperialistischen Interventionen im Irak, Jugoslawien, Libyen, Syrien usw.), setzt die Praxis der imperialistischen Interventionen im Inneren anderer Länder fort, um diese imperialistischen legitimen Regierungen zu stürzen, um ihre Interessen gegen die Völker dieser Länder zu vertreten, während die so genannten demokratischen Kräfte in der EU heuchlerisch behaupten, gegen den Aufstieg der rechtsextremen (faschistischen) Mächte zu kämpfen.

Die PEAEA-DSE - die Widerstandskämpfer haben zusammen mit dem griechischen Volk solche imperialistischen Interventionen (von Großbritannien und den USA) erlebt - unterstützt das venezolanische Volk und seinen Kampf gegen die imperialistischen Interventionen im Inneren des Landes. Das Volk ist für die von ihm gewählte Behörde verantwortlich, und es liegt in der alleinigen Verantwortung des venezolanischen Volkes, das es wählt.

Gleichzeitig beklagt die PEA-DSE die inakzeptable Haltung der kapitalistischen Parteien unseres Landes und natürlich der SYRIZA-Regierung, dass sie mit der imperialistischen Intervention einverstanden sind oder eine „neutrale Haltung“ einnehmen, ohne die USA-EU wegen ihrer inakzeptablen Einmischung in das Innere Venezuelas anzuprangern.

Wir sagen Nein zur imperialistischen Interventionen und bekunden unsere Solidarität mit dem venezolanischen Volk.
Imperialismus - Hände weg von Venezuela!

MEASZ: Gedenken der Befreiung von Budapest vor 74 Jahren

Am 13. Februar 2019 beging die ungarische antifaschistische Vereinigung (MEASZ) am Märtyrerdenkmal von Vizafogó den 74. Jahrestag der Befreiung von Budapest.

Csaba Horváth, der Vertreter der Leitung von MSZP, betonte auf der Gedenkfeier, dass Budapest vor 74 Jahren befreit wurde. „Während Horthys verzweifelte, bewusstlose und korrupte Nachkommen, die nach Ungarn zurückkehren, sich vor den Menschen in den Mauern der Budaer Burg verstecken, müssen wir sagen, dass die freiheitsliebenden Bürger von Budapest nicht akzeptierten, dass Budapest nicht frei sein sollte“, sagte der Politiker.

Budapest werde wieder von seinen befreienden Bürgern befreit, wie es in der Geschichte der Fall war. Mit der Befreiung der Hauptstadt und vieler ländlicher Städte werde Ungarn befreit und Ungarn werde wieder eine freie Republik sein. Nach den befreiten Städten kann ein Bund freier Städte geschaffen werden, von dem aus nur ein Schritt die Allianz für freie Ungarn ist - sagte Csaba Horváth.

In seiner Rede sagte Präsident Vilmos Hanti, der Faschismus sei vor 74 Jahre nur militärisch besiegt worden. Die faschistischen Gedanken haben in den letzten Jahren überlebt und sind gestärkt worden. In dieser Situation müssen alle zusammenfinden, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Dabei sollte jeder und jede Organisation die Möglichkeit haben zu erkennen, dass sie zuvor falsche Ansichten geäußert haben. Als Beispiel erwähnte er Endre Bajcsy-Zsilinszky, der von einem Naturfreund zu einem antifaschistischen Märtyrer wurde.

Am Ende der Feier legten die Teilnehmenden Kränze nieder.



Michel Vanderborght Award 2019

Zum dritten Mal wird im Jahre 2019 der Michel Vanderborght Award verliehen. Diese Auszeichnung ehrt verdiente Antifaschisten und Gruppen, die sich um die Arbeit und das Anliegen der FIR besonders verdient gemacht haben. Die erste Preisverleihung fand in Brüssel statt, die zweite im Rahmen des FIR-Kongresses in Prag und die dritte soll nun im Mai 2019 in Budapest durchgeführt werden. Auf Vorschlag des ungarischen Mitgliedsverbandes MEASZ, der seit vielen Jahren ungarische Antifaschisten und demokratische Persönlichkeiten mit dem Miklós-Radnoti-Preis ehrt, soll die Veranstaltung in einem würdigen Rahmen stattfinden.

Bislang liegen sechs Vorschläge für Auszeichnungen vor. Darunter sind zwei Veteranen des Widerstandskampfes bzw. der militärischen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition, die sich seit Jahrzehnten für das Vermächtnis der Überlebenden und die politische Arbeit der FIR eingesetzt haben.

Darunter sind auch Nachgeborene, die sich als Journalisten, Künstler oder in der geschichtlichen Aufklärungsarbeit große Verdienste erworben haben.

Und darunter ist eine Initiative, die als Netzwerk unter Beteiligung antifaschistischer Verbände in den vergangenen Jahren mehrere tausend zumeist junge Menschen in Aktionen gegen Rassismus und den Vormarsch rechtspopulistischer Kräfte gebracht hat.



Die Auswahl der Auszuzeichnenden ist auch ein deutliches Signal an die Öffentlichkeit, für welche Werte die FIR und die antifaschistischen Verbände in diesem Europa eintreten. Daher findet die Zeremonie – rechtzeitig vor den Wahlen zum europäischen Parlament am 3. Mai 2019 um 17:00 h in Budapest statt.

FIR-Mitgliedsverbände und die interessierte Öffentlichkeit sind herzlich zu diesem Festakt eingeladen.

KZ-Verband Oberösterreich besorgt über rechtsextreme Entwicklung

Der Landesverband Oberösterreich der AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA OÖ) ist besorgt über die Tatenlosigkeit und den fragwürdigen Umgang mit dem Rechtsextremismus in Oberösterreich. Eine wirksame Bekämpfung der besonders vielen rechtsextremen Straftaten und der aktiven rechtsextremen und neofaschistischen Szene in Oberösterreich kann nicht festgestellt werden.

„In einem Offenen Brief wird der Landeshauptmann von Oberösterreich daher zurecht zu Taten gegen den Rechtsextremismus in Oberösterreich aufgefordert“, so der Landesvorsitzende Harald Grün. Angesichts der im „Falter“ (1-2/19) berichteten massiven Erhöhung der öffentlichen Fördergelder für deutschnationale Burschenschaftler – wohl ein Kniefall vor dem FPÖ-Koalitionspartner – ist Skepsis am Willen des Landeshauptmannes allerdings durchaus angebracht.

Der Absolventenverein der JKU Linz schaltete gar ein Inserat in der Bewerbungsbroschüre für den am Samstag stattfindenden Linzer Burschenbundball mit Bezug zum „Treuelied“ der SS „... so bleiben wir doch treu...“, sowie klarem Kokettieren mit deren Codes. Zwar musste der Geschäftsführer des Absolventenvereins auf Druck des Rektors Meinhard Lukas gehen, doch gleichzeitig hat Lukas kein Problem, wieder am Burschenbundball teilzunehmen. Seiner Aussage „eine antifaschistische Gesinnung ist Teil der DNA der JKU“ sollte Rektor Lukas auch Taten folgen lassen und die Teilnahme am Burschenbundball zurückziehen.

Dieser Ball dient in erster Linie auch als Vernetzungstreffen für rechtsextreme Burschenschaften mit dem wirtschaftlichen und politischen Establishment. Der KZ-Verband/VdA Oberösterreich unterstützte eine Demonstration des Bündnisses „Linz gegen Rechts“ unter dem Motto „Champagner für euch, 12 Stunden-Tag für uns? Nein zum Burschenbundball, Nein zu Schwarz/Blau!“ Anfang Februar 2019 in Linz. 1100 Menschen setzten dort ein starkes Zeichen gegen den rechten Burschenbundball und den sozialen Kahlschlag, den die ÖVP-FPÖ Regierung betreibt.

Aktiv für antifaschistische Geschichtserinnerung

Auf Initiative des ungarischen antifaschistischen Verbandes MEASZ wurde im Herbst 2018 gemeinsam mit dem slowakischen Veteranenverband SZPB die Ausstellung „Europäischer Widerstand gegen den Nazismus“ mit großer Resonanz in verschiedenen slowakischen Städten gezeigt. Die Slowakei hat eine große antifaschistische Tradition. Das zeigt sich nicht nur in den Erinnerungsorten in Bratislava, sondern auch in dem eindrucksvollen Museum für den Slowakischen Nationalaufstand in Banska Bystriza. Der antifaschistische Veteranenverband SZPB hat seit vielen Jahren in Abstimmung mit dem Bildungsministerium die Verantwortung für die geschichtliche Aufklärungsarbeit über den antifaschistischen Befreiungskampf übernommen.

In diesem Rahmen finden nicht nur zahlreiche öffentliche Gedenkveranstaltungen statt, sondern es werden in Schulen und öffentlichen Gebäuden auch Erinnerungsveranstaltungen für die nachgeborenen Generationen angeboten. Es zeigt den Erfolg dieser Arbeit, dass selbst in kleineren Ortschaften solche Veranstaltungen und Angebote auf große Resonanz stießen.

Im September 2018 wurde die Ausstellung, die die FIR gemeinsam mit dem damaligen belgischen „Institut des Vétérans“ erarbeitet hat, zum ersten Mal in Zseliz in einer Schule gezeigt. Vilmos Hanti, Präsident der FIR und Präsident von MEASZ hielt vor einer großen Gruppe von Jugendlichen und interessierten Erwachsenen eine Einführungsrede. Anschließend besichtigten zahlreiche Besucher die Ausstellung. Selbst in einer Kleinstadt namens Újbars- Novy Tekov kamen über 70 Gäste zur Eröffnungsveranstaltung. Auch hier führte Vilmos Hanti in die Ausstellung ein und sprach mit den Gästen.

In Frühjahr 2019 ist die eindrucksvolle Ausstellung in Deutschland, in Thüringen, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern zu sehen. Den Auftakt machte die Präsentation in den Räumlichkeiten des Thüringer Landtages. Am 22. Januar 2019 eröffneten die stellvertretende Landtagspräsidentin Margit Jung und Dr. Ulrich Schneider als Generalsekretär der FIR die Ausstellung mit einer kleinen Feierstunde. Abgeordnete und ihre Mitarbeiter, Elke Pudzuhn als Landesvorsitzende der Thüringer VVN-BdA sowie Gäste aus der Stadt Erfurt nahmen an der Eröffnungsveranstaltung teil. Während Margit Jung die Bedeutung der Ausstellung für die geschichtspolitische Erinnerungsarbeit betonte, verwies Ulrich Schneider auch auf die regionalen Bezüge zum KZ Buchenwald und erinnerte an den kürzlich verstorbenen Ottomar Rothmann und den stellvertretenden Vorsitzenden des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos Günter Pappenheim. Anlässlich der Gedenkstunde für die Opfer des Faschismus am 27. Januar besuchten zahlreiche Gäste auch diese Ausstellung. Bis Ende Februar 2019 werden die Tafeln in den Räumlichkeiten des Landtages gezeigt.

Im Anschluss ist die Präsentation im Gewerkschaftshaus in Hanau (Am Freiheitsplatz 6) vorgesehen. Vom 11. März bis 12. April 2019 ist sie während der Öffnungszeiten des Büros und bei Veranstaltungen im Haus zu besuchen. Getragen wird die Veranstaltung vom DGB und der Kreisvereinigung der VVN-BdA.

Die Eröffnung ist für den 11. März 2019 vorgesehen. Dort werden Ulrike Eifler für die DGB-Region Südosthessen und Ulrich Schneider als Generalsekretär der FIR die Präsentation vornehmen und zu einem Gespräch einladen. Als Angebot zur Begleitung der Ausstellung findet am 23. März 2019 ein Workshop zum Thema „Diskriminierung im Alltag“ statt. Für den DGB ist es wichtig – wie es in der Ankündigung heißt –, dass die Ausstellung Männer und Frauen aus vielen europäischen Ländern, die gegen den Faschismus gekämpft haben, zeigt. Sie stellt dar, wie die Menschen in Europa Widerstand geleistet haben und welche unterschiedlichen Ausprägungen ihre Aktionen in den einzelnen Ländern hatten. Die Ausstellung lebt durch eindrucksvolle Bilder und reproduzierte Dokumente, die die knappen erläuternden Texte unterstreichen. Dabei wurden besonders solche Bilder gewählt, die Breite und Tiefe des Widerstands darstellen, nationale Besonderheiten des Kampfes und allgemeine Tendenzen zum Ausdruck bringen.



Résistance: Der französische Widerstand gegen Okkupation und Kollaboration

In der französisch-sprachigen Literatur gibt es ganze Bibliotheken zur Geschichte der Résistance, mittlerweile auch zu den regionalen Geschehnissen. Dennoch ist das vorliegende Buch aus der Reihe Basiswissen des PapyRossa-Verlages Köln eine wichtige Ergänzung. Es liefert einen knappen, aber substanziellen Überblick zur Geschichte dieser für das französische Selbstverständnis so wichtigen Epoche des 20. Jahrhunderts.

Der Band geht ausführlich auf deren Vorgeschichte in den 1930er Jahren ein und gibt Antworten auf die Frage, wie es überhaupt zur Katastrophe Frankreichs 1940 kommen konnte. Berichtet wird über den gesellschaftlichen Widerstand gegen den Aufmarsch französischer Faschisten im Februar 1934, der ein wichtiger Impuls für die Errichtung einer Volksfront-Regierung unter Leon Blum war. Der „Front populaire“ und dessen Errungenschaften sind tief im kollektiven Gedächtnis der Franzosen verankert. Während die ökonomischen und politischen Eliten bereits mit Hitler liebäugelten, bildeten diese Kampferfahrungen das Fundament für die ersten Widerstandsgruppen nach der militärischen Niederlage und der Okkupation des Landes im Sommer 1940.

Während heute zumeist der Aufruf von General de Gaulle vom 18. Juni 1940 aus dem Londoner Exil als „Signal“ zum Widerstand erklärt wird, zeichnet der Autor differenziert die unterschiedlichen Kräfte nach, die die Résistance aufbauten, insbesondere die kommunistischen und sozialistischen Kampfverbände. Auf de Gaulle bezogen sich bürgerliche Kräfte und vereinzelt Militärs. In diesem Rahmen behandelt der Band auch die bedeutende Rolle von Jean Moulin bei der Herausbildung des Nationalen Widerstandsrates (CNR).

Die Résistance war nicht allein eine militärische Kampfform, wie der Autor ausführlich beschreibt. Er geht ebenfalls auf Solidarität mit Verfolgten und Fluchthilfe, auf die Herausgabe illegaler Zeitungen, auf die Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte gegen die Okkupation und die Vichy-Kollaboration ein. Wie in anderen okkupierten Ländern auch, war der Widerstand nicht allein eine nationale Angelegenheit, sondern Menschen aus verschiedenen Nationen beteiligten sich am Widerstand. Das bekannteste Beispiel ist die Group Manouchian („L'Affiche rouge“), die aus Emigranten und ausländischen Arbeitern bestand und für zahlreiche spektakuläre Aktionen verantwortlich war. In einem eigenen Kapitel geht das Buch auch auf den Anteil deutscher Antifaschisten in den Reihen der Résistance ein. Sie waren einerseits in den Strukturen der TA („Travail Allemand“) als Teil der französischen Kommandoeinheiten organisiert. Auf der anderen Seite sahen die deutschen Antifaschisten ihren Einsatz als konkreten Beitrag zum Sturz Hitlers, wie die politische Arbeit des CALPO (Komitee „Freies Deutschland“ für den Westen) zeigte.

In einem eigenen Kapitel werden die Ereignisse des Jahres 1944 nachgezeichnet. Die Résistance und der bewaffnete Kampf als wichtiger Bestandteil erlebten einen enormen gesellschaftlichen Aufschwung, der die Kampfkraft der Okkupationstruppen und die Handlungsfähigkeit der Vichy-Regierung massiv behinderte. Das war eine wichtige Unterstützung der „zweiten Front“, die mit der alliierten Invasion in der Normandie im Juni 1944 Realität wurde. Die Nazis reagierten mit einer Verschärfung des Terrors, der mit Massenmorden in Tulle, Oradour und Maille unvergessbare Orte faschistischer Verbrechen hinterließ. Gleichzeitig erlebte die Résistance am 25. August 1944 mit der Befreiung von Paris durch den Aufstand der Résistance und dem Einsatz der militärischen Kräfte des „Freien Frankreichs“ ihre größte symbolische Bestätigung. Es dauerte jedoch noch einige Monate, bevor das gesamte französische Territorium von faschistischen Okkupationstruppen befreit werden konnte. In diesem Zusammenhang geht der Band in aller Kürze auch auf den französischen Widerstand in den KZ und Zwangsarbeiterlagern ein. Den Schlusspunkt bilden Informationen über den Prozess des politischen Neubeginns in Frankreich und der Abrechnung mit der Kollaboration („Épuration“), der durchaus widersprüchlich verlief und besonders durch den Versuch de Gaulles geprägt war, eine „nationale Versöhnung“ – unter Einbeziehung der Kollaborateure – zu erreichen. Gedanken des Autors über die Bedeutung der Résistance für die Erinnerungspolitik heute runden den Text ab.

Man könnte dem Buch vorhalten, dass diverse Einzelereignisse der Widerstandsgeschichte nicht angemessen berücksichtigt wurden. Das ist angesichts der Fülle historischer Ereignisse und der oftmals sehr gruppenbezogenen Wertung jedoch ein vernachlässigbarer Kritikpunkt. Positiv ist festzuhalten, der Autor hat ein Überblickswerk vorgelegt, das für Lernenden in Schulen und Universitäten und interessierte Laien substanzielle Informationen liefert und mit der angefügten Literaturliste die Möglichkeit für eine vertiefte Beschäftigung mit dem Thema eröffnet.

Bibliographie:

Ulrich Schneider, Die Résistance, Basiswissen, PapyRossa Verlag, Köln 2019, ISBN 978-3-89438-627-6

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär),

Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR), Magdalenenstr. 19, D - 10365 Berlin, Fon +49 (0)30 55 57 90 83 - 4, Fax +49 (0)30 55 57 90 83 - 9, E-Mail: office@fir.at, Internet www.fir.at

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Kontoverbindung: Postbank Berlin (BLZ 10010010), Kontonummer: **543 054 107, Kontoinhaber FIR,**

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF